



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.519.261

Wien, am 12. August 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Reinhold Maier hat am 12. Juni 2026 unter der Nr. **6294/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Anpassung der pauschalen Reisegebührenvergütungen gemäß Reisegebührenvorschrift (RGV)“ gerichtet:

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 14:

- *Welche konkreten Gründe sprechen aus Ihrer Sicht gegen eine Anpassung des Ausbildungspauschales gemäß § 40 RGV seit der Erhöhung der allgemeinen Reisegebührenrichtsätze mit 1. Jänner 2025?*
- *Wurden innerhalb des Ressorts Überlegungen oder Prüfungen hinsichtlich einer Anpassung des Ausbildungspauschales durchgeführt?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Welche Stellen oder Organisationseinheiten waren daran beteiligt?*
- *Welche Schritte wurden seit November 2025 im Zusammenhang mit dem Antrag der Personalvertretung gesetzt?*
- *Gab es hinsichtlich einer möglichen Anpassung der Pauschalen gemäß §§ 39 und § 40 RGV Gespräche oder Abstimmungen mit dem Bundeskanzleramt?*
 - a. *Wenn ja, wann fanden diese statt?*
 - b. *Welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?*

- *In welchem Zeitraum ist mit einer endgültigen Entscheidung über eine mögliche Anpassung der Pauschalen gemäß §§ 39 und 40 RGV zu rechnen?*

Seitens des Bundesministeriums für Inneres wurde hinsichtlich einer Anpassung der Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die Bemessung der Pauschalgebühr für Veranstaltungen zum Zwecke der eigenen Aus- und Fortbildung im Bereich des Wachkörpers Bundespolizei ein diesbezüglicher Antrag an das Bundeskanzleramt übermittelt.

Zur Frage 5:

- *Welche konkreten Auswirkungen hätte eine Anpassung des Ausbildungspauschales gemäß § 40 RGV auf das Budget des Ressorts? (Bitte um Angabe der geschätzten jährlichen Mehrkosten)*

Es würden sich jährlich Mehrkosten in Höhe von ungefähr 300.000 Euro ergeben. Diese Gesamtsummen ergeben sich dadurch, dass die Reisegebühren (Tagesgebühren und Nächtigungsgebühr) mit 1. Jänner 2025 durchschnittlich um 12,69 Prozent erhöht wurden.

Zur Frage 6:

- *Wie viele Bedienstete des Ressorts wären von einer Anpassung des Ausbildungspauschales gemäß § 40 RGV betroffen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren seit 2025)*

Im Jahr 2025 wären 14.310 Bedienstete von einer Anpassung des Ausbildungspauschales gemäß § 40 Reisegebührenvorschrift 1955 (RGV) betroffen. Von Jänner 2026 bis Juni 2026 wären 13.683 Bedienstete davon betroffen.

Zu den Fragen 7, 8 und 11 bis 13:

- *Welche konkreten Gründe sprechen aus Ihrer Sicht gegen eine Anpassung des Pauschales gemäß § 39 RGV?*
- *Wurden hinsichtlich des Pauschales gemäß § 39 RGV interne Berechnungen oder Evaluierungen durchgeführt?*
 - a. *Wenn ja, welche Ergebnisse haben diese ergeben?*
- *Gibt es Pläne, die betroffenen Pauschalen künftig regelmäßig an allgemeine Erhöhungen der Reisegebührenrichtsätze anzupassen?*
 - a. *Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt?*
 - b. *Wenn nein, weshalb nicht?*

- *Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um betroffene Bedienstete über die Gründe der bislang nicht erfolgten Anpassung der Pauschalen zu informieren?*
- *Welche Rückmeldungen oder Beschwerden von Bediensteten bzw. Personalvertretungen sind Ihnen im Zusammenhang mit der fehlenden Anpassung der Pauschalen bekannt geworden?*

Eine allfällige Änderung der Pauschalbeträge des § 39 RGV fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zur Frage 9:

- *Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine Anpassung des Pauschales gemäß § 39 RGV auf das Budget des Ressorts? (Bitte um Angabe der geschätzten jährlichen Mehrkosten)*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Zur Frage 10:

- *Wie viele Bedienstete des Ressorts beziehen derzeit Vergütungen gemäß § 39 RGV? (Bitte um Aufschlüsselung nach Organisationseinheiten und Bundesländern)*

Anzahl der Bediensteten im Jahr 2026			
Bundesland	Anzahl LPD	Anzahl Organisations-einheit	Gesamt
Burgenland	1.207		1.207
Kärnten	1.769		1.769
Niederösterreich	4.335		4.335
Oberösterreich	3.075		3.075
Salzburg	1.593		1.593
Steiermark	3.243		3.243
Tirol	1.891		1.891
Vorarlberg	682		682
Wien	6.055		6.121
Organisations-einheit			
Sektion II		16	

DSE Cobra		31	
BZS		19	
Gesamt	23.850	66	23.916

Gerhard Karner

